LANE MEDICAL LIBRARY
DEC 1 1922

Die kommunale Säuglingsfürsorge in Halle (Saale) bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
AUG 1 1922

AUSZUG

aus der

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Medizinischen Fakultät der
Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Walther Kade
approb. Arzt
in Halle (Saale).

Referenten: Prof. Dr. Volhard und Prof. Dr. Stoeltzner.

Tag der Promotion: 23. März 1921.

Halle a. d. S.
Heynemannsche Buchdruckerei Reinhold Wolff.

Die Stadt Halle hat die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit frühzeitig in das Arbeitsgebiet der kommunalen Verwaltung einbezogen. Schon 1902 ist auf Anregung des damaligen Direktors des Hygienischen Instituts, Prof. Dr. C. Fraenkel, stadtseitig während der Sommermonate die Verteilung von sterilisierter Vollmilch an Minderbemittelte zunächst versuchsweise eingeleitet und in den folgenden Jahren regelmäßig während der heißen Jahreszeit wieder aufgenommen worden. Anfangs hat man auch neben der Abgabe der Milch eine Ueberwachung der Säuglinge und Beratung in Angelegenheiten der Pflege und künstlichen Ernährung durch freiwillige Hilfskräfte in der elterlichen Wohnung durchzuführen versucht, doch ist diese Maßnahme infolge des ablehnenden Verhaltens der Bevölkerung wieder eingestellt worden.

Es ist das Verdienst Prof. Dr. Stoeltzner's, des Direktors der Universitäts-Kinder-Poliklinik, den weiteren Ausbau der städtischen Säuglingsfürsorge durch seine Vorschläge und freiwillige Mitarbeit in wirkungsvollster Weise gefördert zu haben. Im Jahre 1905 hat Prof. Stoeltzner dem Magistrat eine Denkschrift überreicht, worin er den Nachweis geführt hat, daß die von der Stadt gelieferte Kindermilch allein nicht genüge, die Magen-Darmerkrankungen der Flaschenkinder zu vermeiden, solange nicht Ueber- oder Unterernährung mit der gelieferten Milch und sonstige Mängel der Pflege nach Möglichkeit ausgeschaltet würden. Es solle deshalb auf Kosten der Stadt auf den Standesämtern an jede einen Geburtsfall meldende Person ein Merkblatt über die dem Kinde im 1. Lebensjahre drohenden Gefahren verteilt und außerdem eine Säuglingsfürsorgestelle eingerichtet werden, in der die Säuglinge der unbemittelten Bevölkerung unentgeltlich fortlaufende, kinderärztliche Ueberwachung finden und wo im Bedarfsfalle sterilisierte Milch gegen geringes Entgelt oder auch umsonst angewiesen werden könne. Die Leitung der Anstalt wolle er selbst ohne Entgelt übernehmen. Erst nach langen Verhandlungen ist Stoeltzners Vorschlag verwirklicht worden. Am 21. Februar 1907 ist zwischen der Stadtgemeinde und der Universität der Vertrag abgeschlossen worden, auf Grund dessen die Universitätsverwaltung vom 1. April 1907 ab in der Universitäts-Kinder-Poliklinik und unter Leitung des Direktors derselben eine Städtische Säuglingsfürsorgestelle unterhält. Der Magistrat wählt für diese Fürsorgestelle im Einvernehmen mit dem Direktor der Kinder-Poliklinik einen Assistenten, der im Anstellungsverhältnis der Stadtgemeinde, im Dienstverhältnis dem Direktor der Kinder-Poliklinik und dem Kurator der Universität untergeordnet ist. Die Stadtgemeinde besoldet den Assistenten und zahlt für Miete und Unterhaltung der Fürsorgestelle einen jährlichen Beitrag an die Universitätskasse.

Am 1. Oktober 1907 wurde als Zentrale für das gesamte städtische Gesundheitswesen das Stadtarztamt geschaffen und auf diesen Posten Prof. Dr. v. Drigalski berufen, der sein Augenmerk besonders auch der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit als einer der wichtigsten bevölkerungspolitischen Fragen zugewandt hat. Seiner Initiative ist die Gründung der „Gesellschaft für Säuglingsschutz" zu danken, die in Erweiterung der in der Städtischen Säuglingsfürsorgestelle betriebenen „geschlossenen" Fürsorge die „offene" in den Familien mit Neugeborenen ausübt. Mit Hilfe zweier besoldeter Fürsorgerinnen und einiger freiwilliger, für diesen Hilfsdienst besonders ausgebildeter Helferinnen werden die durch wirtschaftlich ungünstige Lage der Eltern gefährdet erscheinenden Säuglinge ermittelt und ihre Mütter zwecks Beratung und ev. Unterstützung aufgesucht. Im Vordergrund der Vereinstätigkeit steht die Förderung des Stillens, zu welchem Zwecke der Vereinigung laufend städtische Zuschüsse geleistet werden, die als Stillbeihilfen Verwendung finden. Für die Bewilligung dieser Beihilfen ist lediglich die wirtschaftliche Lage der Eltern maßgebend. Man verzichtet darauf, die Mütter durch Zahlung einer „Stillprämie" in die Fürsorgestelle zu locken und sie für länger fortgesetztes Stillen zu belohnen, und will lediglich bedürftige Frauen unterstützen, um ihnen durch Nahrungsmittelzulagen die Stillfähigkeit zu erhalten. Die Auszahlung erfolgt nach Lage des Falles in wechselnder Höhe und auf wechselnde Dauer; als Gegenleistung wird von den Müttern verlangt, daß sie die Kinder wenigstens einmal wöchentlich zur Fürsorgestelle bringen.

Auch in den Fällen, in welchen sich das Stillen der Kinder nicht durchsetzen läßt, erfolgt die weitere Beratung immer unter Empfehlung des Besuches der Säuglingsfürsorgestelle. Um diesen Kindern während des ganzen Jahres eine einwandfreie Milch zur Verfügung stellen zu können, hat die Gesellschaft für Säuglingsschutz eine eigene Milchküche eingerichtet, von der die Säuglingsmilch in dem Lebensalter des Kindes angepaßter Verdünnung in sterilisierten Einzelportionen abgegeben wird.

Neben diesen für alle Säuglinge geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen hat die Stadt noch besondere Verwaltungsmaßnahmen zum Schutze vorwiegend der unehelichen Säuglinge geschaffen. Am 1. April 1900 hat Halle als erste Stadt in Preußen bei der Neuordnung des Ziehkinderwesens einen städtischen Kinderarzt und besoldete Waisenpflegerinnen angestellt. Diesen ist zunächst die Beaufsichtigung der Zieh- oder Haltekinder, d. h. derjenigen Kinder, die gegen Entgelt von Privatpersonen in Pflege genommen werden, und der von der Armenverwaltung auf Kosten der Stadt in Pflege gegebenen, sogenannten Pflegekinder übertragen worden. 1902 ist die städtische Schutzaufsicht auch auf die bei der Mutter befind-

lichen unehelichen Kinder ausgedehnt worden. Bei Eröffnung der kommunalen Einrichtungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist überdies Vorsorge getroffen, daß auch diesen schon unter städtischer Aufsicht stehenden Kindern die Vorteile der städtischen Wohlfahrtsmaßnahmen zugute kommen.

Ueber die Erfolge der kommunalen Säuglingsfürsorge bis zum Ausbruch des Krieges, der auch auf diesem Gebiete eine vollkommene Umstellung herbeigeführt hat, geben die folgenden Zahlen einen kurzen Ueberblick. Der größte Teil der angestellten Erhebungen eignet sich nicht zur auszugsweisen Darstellung.

Frequenz der Städtischen Säuglingsfürsorgestelle.

	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14	
	2 039	3 277	7 714	5 567	6 442	7 957	10 786	Beratungen
bei	371	609	920	805	876	945	1 226	Zugängen.
Das sind	7,8	13,0	20,5	18,8	21,1	23,0	31,2 %	aller Lebendgeborenen.

Es entstammten den Kreisen der:

	Gelernten	Ungelernten
in Industrie und Handwerk	32,6 %	41,3 %
in Handel und Verkehr	3,2 %	6,4 %

unteren Beamten und Arbeiter in öffentlichen Betrieben 8,1 %.

Stillbeihilfen wurden bewilligt:

	1909	1910	1911	1912	
für	349	218	278	235	Kinder,
das sind	30,0	27,1	31,8	24,9 %	aller Zugänge.

Von den 1080 mit Stillbeihilfen geförderten Kindern waren nur 28 Erstgeborene, 139 entstammten Familien mit 1—2 lebenden Kindern, 11 waren Uneheliche. Der Rest 902 = 83,5 % entstammte Familien mit 3 und mehr Kindern.

Wenn die Säuglingssterblichkeit, die in den letzten 30 Jahren vor dem Berichtszeitraume (1907—1913) 21,5 % (20,0 % der Ehel. und 30,2 % der Unehel.) betragen hat, auf 18,7 bezw. 16,7 und 27,2 % d. h. um rund 10 % zurückgegangen ist, so ist das zweifellos auf die durch die Fürsorgemaßnahmen erzielte Besserung der Säuglingsernährung und -pflege zurückzuführen. Dies wird auch durch die angestellten Ermittelungen über die Zweckmäßig- bezw. Unzweckmäßigkeit der Ernährung bei den aufgenommenen Säuglingen bestätigt. Von den mit Stillbeihilfen unterstützten Kindern waren bei der Aufnahme

1909	1910	1911	1912	
42,8	35,3	29,5	20,5 %	unzweckmäßig ernährt.

Unter den künstlich genährten Unehelichen, bei denen Pflege und Ernährung erfahrungsgemäß besonders im Argen liegen, waren

1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	
80,0	71,8	48,6	45,1	52,1	55,0	59,5 %	unzweckmäßig Ernährte.